

Monatsspiegel



Juni 2007



SPD

Erlangen

Bessere Wege in Erlangens Zukunft

Von Ursula Lanig, Bewerberin um die Oberbürgermeister-Kandidatur 2008

In zehn Monaten wird in Erlangen ein neuer Stadtrat gewählt. Wir in der SPD haben uns mit einer konsequenten Politik für die Bürgerinnen und Bürger bereit gemacht für unser großes Ziel: Wir wollen wieder bestimmende Kraft in Erlangen werden! Denn wir sind überzeugt: Erlangen braucht den Wechsel! Ich werde als Oberbürgermeister-Kandidatin meine ganze Kraft dafür einsetzen, dass uns dies gelingt – zum Besten für Erlangens Zukunft!

Wir haben Frauen und Männer, die in ihren Berufen, in ihren Vereinen und in ihrem Wohnumfeld in den unterschiedlichsten gesellschaftlichen Bereichen überzeugend für sozialdemokratische Politik in Erlangen stehen. Wir werden unsere Liste auf der Kreismitgliederversammlung am 21. Juli beschließen und ein kompetentes und sympathisches Team in den Wahlkampf und dann ins Rathaus schicken!

Und auch inhaltlich haben wir uns der offenen Diskussion gestellt: In den letzten

Monaten haben wir nach intensiven Gesprächen mit vielen interessierten Bürgerinnen und Bürgern unser Programm für die Kommunalwahl 2008 entwickelt. Im Mai wurde es in unserer Kreismitgliederversammlung beschlossen.

Wir treten dafür an, mit den Menschen in unserer Stadt die Weichen für Leben und Arbeiten in Erlangen richtig zu stellen! **Ich bin mir sicher:** Wir können personell und inhaltlich überzeugen!

Wir wollen ein Erlangen, in dem wir alle, Einheimische und Zugezogene, Jung und Alt, gerne miteinander leben und auf das wir stolz sein können!

Unser Programm dafür kann sich sehen lassen: Es ist den sozialdemokratischen Prinzipien „Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität“ verpflichtet und es zeigt Wege auf zu einer besseren Politik für Erlangen.

Wir wollen eine nachhaltige Stadtplanung, die in Stadtentwicklung, Verkehr und Umwelt an den Interessen der Menschen und an einem schonenden Umgang

mit unseren natürlichen Ressourcen orientiert ist. Dazu gehören Ausbau und Optimierung des ÖPNV, dazu gehört eine verstärkte Fortführung der energetischen Sanierung städtischer Gebäude. Gerade hier hat der rigide „Sparkurs“ der jetzigen Mehrheit zu einer empfindlichen Verteuerung der notwendigen Erhaltungsaufgaben geführt – verantwortliche Finanzpolitik sieht anders aus! In Zeiten, in denen der gewerbliche Mittelstand um Aufträge kämpfen musste, hätte die Stadt sinnvoll in Sanierung investieren und dadurch mittelständische Unternehmen stützen können. Weil das unterblieb müssen wir jetzt mehr bezahlen!

Wir wollen die Unternehmen der Daseinsvorsorge, unsere Stadtwerke und die Gewobau, unsere Bäder und unsere kulturell genutzten Palais in den Händen der Stadt erhalten! Wie richtig diese Politik der SPD bisher war, zeigt sich nicht nur an der wirtschaftlichen Stärke der Stadtwerke, an unserem hervorragenden Was-

Fortsetzung auf Seite 3

Termine

05.06.	20:00	Erlanger Mitte	Waldschänke	S. 8
12.06.	20:00	Distrikt Bruck	FSV Bruck	S. 12
12.06.	20:00	Distrikt Innenstadt	Kulisse	S. 13
12.06.	20:00	Distrikt Tennenlohe	Am Bach 17	S. 14
12.06.	20:00	Jusos	August-Bebel-Haus	S. 16
13.06.	20:00	AsF	August-Bebel-Haus	
14.06.	20:00	Kreismitgliederversammlung	Turnerbund	S. 4
19.06.	20:00	Distrikt Eltersdorf	Schützenheim	S. 13
19.06.	20:00	Distrikt Frauenaarach	AWO-Raum	S. 13
20.06.	16:00	60plus	August-Bebel-Haus	S. 16
20.06.	19:00	Distrikt Ost	AWO Ost	S. 13
20.06.	20:00	Distrikt Anger	Angerwirt	S. 12
20.06.	20:00	Distrikt Süd	Röthelheim-Biergarten	S. 14
20.06.	20:00	Distrikt West	Gasthaus „Zur Einkehr“	S. 15
21.06.	20:00	Kreisvorstand	Turnerbund	
26.06.	20:00	Jusos	August-Bebel-Haus	S. 16
29.06.	19:00	Nominierung OB-Kandidatin	Gemeindehaus am Bohlenplatz	S. 5
03.07.	20:00	Distrikt Dechsendorf	Gasthof Rangau	S. 12
05.07.	20:00	Kreisvorstand	Turnerbund	
07.07.	14:00	Helferfeier	August-Bebel-Haus (Parkplatz)	S.3
10.07.	20:00	Distrikt Innenstadt		
10.07.	20:00	Distrikt Tennenlohe		
12.07.	20:00	Kreisvorstand	Turnerbund	
13.07.	19:00	AsF-Sommerfest	Petra-Maria Schreiber-Dach, Schillerstr. 15	
17.07.	20:00	Distrikt Frauenaarach		
19.07.	20:00	Kreismitgliederversammlung	Turnerbund	
21.07.		Aufstellung der Stadtratsliste	Jahnhalle	
29.07.	20:00	SPD-Sommerfest	Röthelheimpark	S. 11

Kontakt

Kreisverband Erlangen-Stadt:

Vorsitzender: Robert Thaler
 Friedrich-List-Straße 5
 91054 Erlangen
 Telefon: 09131-8126522
 Fax: 09131-8126513
 E-Mail: buero@spd-erlangen.de
 Internet: www.spd-erlangen.de
 Bankverbindung: Sparkasse Erlangen Kt.Nr. 12005

Bürozeiten

Montag 9:00 bis 12.30, 15:00 bis 18:00 Uhr
 Dienstag 9:00 bis 12:30 Uhr
 Mittwoch 9:00 bis 12:30, 15:00 bis 18:00 Uhr
 Donnerstag 9:00 bis 12:30 Uhr
 Freitag 9:00 bis 12:30 Uhr
 Ansprechpartnerin: Karin Franke, Geschäftsführung

Impressum

Herausgeber:

SPD Kreisverband Erlangen
 Friedrich List Str. 5, 91054 Erlangen

Presserechtliche Verantwortung und Leitung:

Philipp Dees
 Lichtenfelser Weg 6
 91056 Erlangen
 Telefon: 09131-483791
 monatsspiegel@spd-erlangen.de

Mitarbeit: Lars Thomsen

Druck: Gruner Druck GmbH, Erlangen

Auflage: 700 Stück

ser, es zeigt sich vor allem am Beispiel der Bäder: Mittlerweile müssen „Spas“- und „Wellness“-Bäder mit immer neuen Attraktionen um jeden einzelnen Besucher kämpfen. Die Eintrittspreise sind für viele



nicht mehr zu bezahlen und trotzdem kämpfen die Badetempel ums Überleben! Wir wollen bezahlbare Schwimmbäder um gesunde Bewegung zu fördern!

Wir wollen die „MedizinStadt“, die sich bisher vor allem an medizinischer Technik und Produktion orientiert, zu einer „Gesundheitsstadt“, die die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger im Blick hat, weiter entwickeln! Und dazu gehören eben gesunde Umwelt, gesunde Mobilität und Bewegungsangebote für Kinder, Jugendliche und Senioren! Dazu gehören sicheres Zufußgehen und Radfahren in der Innenstadt, Bewegungsmöglichkeiten in den Stadtbezirken und Förderangebote für sozial benachteiligte Menschen, besonders auch für Menschen mit Migrationshintergrund. Denn wir wissen: Integration findet vor allem dort statt, wo Menschen miteinander arbeiten und ihre Freizeit verbringen!

Wir wollen, dass Erlangen allen hier lebenden Menschen Heimat ist, gleich woher sie kommen! Daher müssen wir die in Kindergärten, Lernstuben und Horten mit hohem Engagement geleistete Arbeit weiter ausbauen und die Frühförderung verstärken. Solange die bayerische Schulpolitik den Zugang zu Bildung vom Geld-

beutel der Eltern abhängig macht, muss die Kommune gegensteuern. Die Zusammenarbeit mit dem Ausländerbeirat und mit den Kulturgruppen der Herkunftsländer unserer Mitbürger hilft hier Befürchtungen und Defizite abzubauen – dies ist gerade in der unmittelbaren Wohnumgebung sehr wichtig und daher wollen wir Kindergärten und Schule als „Häuser des Lernens und Lebens“ in dieser integrativen Funktion besser unterstützen..

Wir wollen ein klares Profil Erlangens in Bildung und Kultur. Weil dafür Chancengerechtigkeit die wesentliche Voraussetzung ist, müssen wir allen Bevölkerungsgruppen, insbesondere aber Kindern und Jugendlichen den Zugang und die aktive Teilnahme an kulturellen Angeboten ermöglichen und ihre Eigeninitiative und Selbsttätigkeit fördern. Diesem Bestreben galt auch der, von der SPD getragene und von der „christlich-liberalen“ Mehrheit abgelehnte, Erlangen Pass. Er soll ALG II-Beziehern, ihren Familien und den Kindern und Jugendlichen, wie in vielen anderen Städten auch, den Zugang zu Bildung und Bewegung ermöglichen.

Um die Menschen zu erreichen bedarf es neben den Angeboten im Zentrum auch

dezentraler Einrichtungen, die weniger mobilen Menschen in ihrem Wohn- und Erfahrungsfeld Teilhabe an Bildung und Kultur ermöglichen. Daher halten wir an unserer Forderung fest, dass bei der Planung neuer Wohngebiete soziokulturelle Stadtteilzentren von Anfang an mit geplant und errichtet werden!

Wir wollen unsere Kinder und Jugendlichen stark machen für das Leben nach der Schule. Dazu gehören gemeinsame Anstrengungen in Kindergarten und Grundschule bei der Förderung von Kindern mit sprachlichen oder sozialen Defiziten, hier brauchen wir mehr LehrerInnen und ErzieherInnen. Es fehlen „echte“ Ganztagsklassen an allen Grund- und Hauptschulen, Es mangelt an der intensiveren Vermittlung von Ausbildungsplätzen und es fehlt eine Berufsfachschule. Die Stadt hat in Verbindung mit dem Bundesinvestitionsprogramm Bildung und Betreuung (IZBB) der rot-grünen Regierung die Gymnasien mit der nötigen Infrastruktur für die Schulen als „Häuser des Lebens und Lernens“ ausgestattet. Die überstürzte Einführung des G8 kann damit allerdings nur in Teilbereichen abgedeckt werden. Die Staatsregierung ist für einen Scherbenhaufen verantwortlich, dem sie jetzt mit zögerlichen „Reformen der Reform“ zu Leibe rücken möchte.

Wir werden als entscheidende politische Kraft in einem breiten Dialog alle Erlanger in die Gestaltung unserer Stadt einbeziehen und so Kommunalpolitik greifbar und begreifbar machen! Dafür werde ich, dafür werden wir kämpfen!

Nicht jede Wahl wird auch zur Qual!

Sich einstimmen mit Spaß – Diese Wahl ist unsere Chance!

Alle die im Wahlkampf mit anpacken,
mittun, mitkämpfen und mithelfen –

Kommt zur

Helferfeier!

Am 07.07.2007, August-Bebel-Haus (Parkplatz)

Ab 14.00 Uhr

mit Bier, Bratwurst und Musik

und der Vorstellung des **Moby Dick- Preises!**



Euer Orga-Team und das Büro Schmidt

Kreismitgliederversammlung

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir laden Euch herzlich ein zu unserer nächsten

Kreismitgliederversammlung

**am Donnerstag, den 14. Juni 2007, 20.00 Uhr,
Blaue Traube im Turnerbund, Spardorfer Str. 79**

Als **Tagesordnung** schlagen wir Euch vor:

1. Aktuelles
2. Aufnahme neuer Mitglieder
3. Bericht aus dem Landtag von Wolfgang Vogel
4. Anträge
5. Berichte aus den Distrikten und Arbeitsgemeinschaften
6. Verschiedenes

Robert Thaler

Ursula Lanig

Dieter Rosner

Kreisvorstandssitzungen:

- Donnerstag, 21. Juni, 20.00 Uhr, Turnerbund, Spardorfer Straße
- Donnerstag, 05. Juli, 20.00 Uhr, Turnerbund, Spardorfer Straße
- Donnerstag, 12. Juli, 20.00 Uhr, Turnerbund, Spardorfer Straße

Nominierung der OB-KandidatIn

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir laden Euch herzlich ein zu unserer

Nominierungsveranstaltung

**Freitag, den 29. Juni 2007, 19.00 Uhr,
Gemeindesaal am Bohlenplatz 1**

Als **Tagesordnung** schlagen wir Euch vor:

1. Begrüßung
2. Wahl der Mandatsprüfungs- und Wahlkommission
3. Nominierung und Vorstellung der Kandidatinnen und Kandidaten
4. Wahl einer Kandidatin/eines Kandidaten für das Amt der Oberbürgermeisterin/ des Oberbürgermeisters der Stadt Erlangen
5. Bekanntgabe des Wahlergebnisses
6. Schlusswort
7. Empfang

Für die Wahl ist stimmberechtigt, wer

- am Stichtag 18 Jahre alt ist,
- EU-Staatsbürger ist,
- SPD-Mitglied ist,
- seinen Hauptwohnsitz in Erlangen hat.

Bitte bringt für den Zweifelsfall Euren Personalausweis oder Reisepass mit.

Robert Thaler

Ursula Lanig

Dieter Rosner

Diskussionspapier des Linken Forums in der SPD Erlangen

Unsere Löhne sind zu hoch

Mit dieser Frage kann man sich unter zwei Aspekten beschäftigen: Einmal aus nationaler und einmal aus internationaler Sicht. Innerhalb Deutschlands ist zu beachten, dass die Löhne gleichzeitig Nachfrage sind. ArbeitnehmerInnen geben den größten Teil ihres Einkommens wieder aus – und schaffen damit wiederum Arbeitsplätze.

Entscheidend ist nicht die absolute Lohnhöhe, sondern die Verteilung der Wirtschaftleistung auf Kapital- und Erwerbseinkommen. Dabei hat sich in den letzten Jahren die Lohnquote (Summe aller Löhne/Wirtschaftleistung) nach unten entwickelt. Mehr Arbeitsplätze hat dies nicht gebracht. Und auch dass die Nominaleinkommen kaum mehr steigen und die Realeinkommen seit Jahren sinken hat nicht zu mehr Beschäftigung geführt.

Im internationalen Vergleich ist die entscheidende Größe nicht die absolute Lohnhöhe, sondern die Lohnstückkosten. Ein einfaches Beispiel: Angenommen, zur Herstellung eines Produkts ist nur Arbeits-einsatz notwendig. Arbeitnehmer 1 verdient in der Stunde 10 Euro; sie stellt in diesem Zeitraum 5 Stück her. Arbeitnehmer 2 verdient in der Stunde 5 Euro, stellt aber nur 2 Stück her. Damit sind die von Arbeitnehmer 1 hergestellten Produkte billiger ($10/5 = 2$ Euro) als die, die Arbeitnehmer 2 herstellt (2,50 Euro). Und das, obwohl Arbeitnehmer 1 in der Stunde mehr verdient als Arbeitnehmer 2.

Wichtig ist also nicht, wie viel ein ArbeitnehmerIn absolut verdient. Man muss auch in Betracht ziehen, wie hoch die Produktivität ist. Dass in vielen Ländern die Löhne niedriger sind als in Deutschland hat nicht automatisch zur Folge, dass dort auch billiger produziert wird (aber häufig, dass sich die ArbeitnehmerInnen dort die von ihnen selbst hergestellten Produkte nicht kaufen können, weil sie zu wenig dafür verdienen).

Man sollte aber auch die Dimension des internationalen Wettbewerbs nicht überschätzen: Im- und Export in Deutschland machen nur ca. 30% der Wirtschaftsleistung aus. Der größte Teil der in Deutschland produzierten Waren wird also in Deutschland verkauft, und umge-

kehrt stammt der größte Teil der in Deutschland verkauften Waren aus Deutschland. Außerdem kommt der größte Teil der Importe nach Deutschland nicht aus Billiglohnländern, sondern aus den westlichen Industriestaaten. In der Einfuhrstatistik liegt von den „Billiglohnländern“ China auf Rang 4, die ersten osteuropäischen Mitgliedsstaaten finden sich bei den Plätzen 11-20. Indien, Rumänien und andere gern genannte Länder rangieren unter „ferner liefern“.

Wir haben zu hohe Lohnnebenkosten

Die so genannten „Lohnnebenkosten“ sind für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Bestandteile des Lohns. Denn sie sichern sie gegen Risiken wie Krankheit, Arbeitslosigkeit oder Arbeitsunfähigkeit ab, gegen die sie sich sonst aus dem Geld versichern müssten, dass sie verdienen. Wer eine Senkung der Lohnnebenkosten fordert, der will also faktisch eine Reduzierung des Lohnes.

Die Kosten für die Sozialversicherung lassen sich nur reduzieren, wenn Leistungen eingeschränkt werden. Für diese Leistungen muss dann jeder privat vorsor-

gen und hat damit weniger Geld zur Verfügung. Dies wirkt sich negativ auf die Nachfrage aus. Bei der Einführung der Riester-Rente hat sich dieser Effekt gezeigt.

Der größte Teil der „Lohnnebenkosten“ fließt außerdem direkt wieder in die Nachfrage. Sowohl der Beitrag zur Renten- als auch der größte Teil des Beitrags zur Arbeitslosenversicherung wird wieder an RentnerInnen bzw. Arbeitslose ausgezahlt, die von diesem Geld ihren Lebensunterhalt finanzieren müssen. Die Beiträge zur Sozialversicherung fließen so den Unternehmen indirekt wieder zu. Werden die Leistungen der Sozialversicherung eingeschränkt, um die Beiträge zu senken wirkt sich dies also negativ auf das Wirtschaftssystem aus. Den geringeren Ausgaben der Arbeitgeber stehen auch geringere Einnahmen gegenüber.

Der Arbeitsmarkt ist verkrustet

Mit „Verkrustungen auf dem Arbeitsmarkt“ bezeichnen einige ÖkonomInnen ArbeitnehmerInnenrechte wie den Kündigungsschutz und Tarifverträge. Nach ihrer Theorie führen diese dazu, dass sich

Wirksame Maßnahmen gegen den Alkoholkonsum von Jugendlichen in Erlangen

Beschluss der Kreismitgliedersammlung der Erlanger SPD vom 10. Mai 2007

Wir kritisieren die oberflächliche und unzureichende Behandlung des gravierenden Problems des übermäßigen Alkoholkonsums von Jugendlichen durch die Erlanger Rathausmehrheit:

In viel zu geringem Umfang werden Maßnahmen zur Flankierung des beschlossenen Alkoholverbots durchgeführt und damit Chancen vertan, die schädlichen Wirkungen des Alkoholkonsums bewusst zu machen und einzugrenzen. Da diese Maßnahmen weitgehend fehlen, bekommt das Alkoholverbot in der Öffentlichkeit ein zu großes Gewicht. Es führt zur Verdrängung der Jugendlichen aus den sichtbaren Bereichen der Innenstadt,

ohne das Problem des Alkoholkonsums lösen zu können.

Wir fordern daher:

1. Die Straßensozialarbeit muss fortgesetzt und deutlich ausgebaut werden, auch außerhalb der Innenstadt.
2. Jugendlichen müssen über die bestehenden Einrichtungen hinaus Freiräume und Jugendtreffs angeboten werden.
3. Die Möglichkeit des E-Werks, in diesem Bereich präventive Arbeit zu leisten, muss gestärkt werden, insbesondere durch finanzielle Unterstützung seitens der Stadt.

Unternehmen in Deutschland nicht schnell genug an neue Entwicklungen anpassen können. So verhindere beispielsweise der Kündigungsschutz, dass bei geringem Absatz schnell mit Personalabbau reagiert werden könne. Wenn der Absatz steige würden die Unternehmen daher kein Personal einstellen, dass sie später nicht wieder entlassen könnten, sondern lieber ihre Angestellten Überstunden leisten lassen.

Das Argument der „Verkrustung“ verkennet, dass ArbeitnehmerInnenrechte den ArbeitnehmerInnen Sicherheit bieten – und damit die Wirtschaft stabilisieren. Denn wer damit rechnen muss, seinen Job schnell wieder zu verlieren wird lieber sparen, als etwas Größeres anzuschaffen. Gleiches gilt, wenn der Arbeitgeber/die Arbeitgeberin den Lohn kurzfristig verändern kann.

Das deutsche Arbeitsrecht ist außerdem viel flexibler als behauptet. Gerade unter rot-grün sind die Befristungsmöglichkeiten deutlich ausgeweitet worden. Wenn ein Unternehmen wegen hoher Nachfrage vorübergehend mehr Arbeitskräfte benötigt, kann es diese problemlos befristet anstellen. Zu mehr Beschäftigung haben diese Befristungsregelungen – wie auch diverse Lockerungen des Kündigungsschutzes – nicht geführt. Ein deutliches Indiz, dass die Arbeitslosigkeit in Deutschland nicht an den Rechten der ArbeitnehmerInnen liegt.

Den Arbeitslosen geht es zu gut

Mit diesem Argument wird häufig Absenkung des Arbeitslosengeldes I (und inzwischen auch II) gefordert. Die Arbeitslosen erhielten so viel Unterstützung, dass es sich für sie überhaupt nicht lohnte, zu arbeiten. Gering entlohnte Jobs könnten daher nicht besetzt werden.

Dies würde zunächst einmal voraussetzen, dass es eine Vielzahl von nicht besetzten Stellen in Deutschland im Niedriglohnbereich gäbe. Darauf deutet aber nichts hin. Beim Arbeitsamt sind jedenfalls wenig Stellen in diesem Sektor gemeldet.

Außerdem verkennt die Argumentation, dass Arbeit mehr ist als Geldverdienen. Sie gibt Menschen auch Selbstbestätigung, das Gefühl, etwas zu leisten und nicht nutzlos zu sein. Nur so lässt sich überhaupt erklären, warum es so viele „AufstockerInnen“ beim Arbeitslosengeld II gibt. Diese Menschen arbeiten nämlich für ein Einkommen, das niedriger ist als ihr Anspruch auf ALG II. Nach der oben genannten Argumentation dürften diese Menschen gar nicht arbeiten – sie tun es

aber, weil sie eben nicht nur das Einkommen, sondern auch andere Faktoren sie dazu bewegen.

Es hilft auch, sich die Zahlen vor Augen zu führen: Der Satz für das ALG II liegt bei 345 Euro (11,50 Euro pro Tag) zuzüglich Mietkosten. WirtschaftswissenschaftlerInnen schätzen, dass eigentlich ein Einkommen von 500 Euro pro Monat und Person (zuzüglich Miete) notwendig wäre, um das Existenzminimum zu decken. Den Arbeitslosen mit ALG II geht es also eher zu schlecht als zu gut.

Die Antwort kann daher nicht heißen, dass es den Arbeitslosen zu gut geht. Sondern es geht den Beschäftigten zu schlecht. Ein Alleinstehender/eine Alleinstehende,

die ALG II erhält bekommt etwa so viel Geld wie ein/e BeschäftigteR, der/die netto 4,30 Euro (Vollzeit, 38-Stunden-Woche) verdient. Solche Berufe gibt es tatsächlich – und da liegt das Problem.

Etwas anders sieht die Lage bei BezieherInnen von ALG I aus, die ja ca. 60% ihres letzten Nettolohns erhalten. Hier ist aber schon allein die Angst vor dem Sturz in ALG II nach einem Jahr ein Zwang, auch geringer als bisher bezahlte Stellen anzunehmen. Und auch für diese Menschen gilt, dass Arbeitslosigkeit oft ein großes psychisches Problem für die Betroffenen ist – und dass sie deswegen lieber geringer bezahlt arbeiten, als sich nutzlos zu fühlen.

Die AsF Erlangen trauert um Elke Lindner

Sie war eine unserer Gründerinnen, ihre Arbeit im damaligen Arbeitskreis Gleichstellung der Erlanger SPD ist eine unserer Wurzeln.

Alle, die mit ihr gemeinsam für die Gleichstellung der Frauen gearbeitet und gekämpft haben, haben ihr großes Engagement, ihre Hartnäckigkeit, ihre absolute Verlässlichkeit, ihre große menschlichen Wärme erlebt. Wenn man mit ihr sprach, fühlte man, wie sie sich ganz ihrem Gegenüber zuwandte.

Von 1985 bis 1991 war Elke Mitglied im Erlanger Stadtrat und dort die erste frauenpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, zu einem Zeitpunkt, wo es für Frauenpolitik im Stadtrat wenig Anerkennung, aber viel Diffamierung gab. Voller Bewunderung haben wir erleben dürfen, mit welch außergewöhnlichem Mut und mit welch großem Kämpferinnen-Herzen Elke diese Aufgabe erfüllt hat. Was sie einmal als richtig erkannt hatte, das tat sie mit aller Konsequenz.

Dabei war sie ja eher bescheiden, wollte nicht gern gelobt werden für ihr Tun – schon gar nicht öffentlich; ich hoffe, wir haben ihr trotzdem oft genug gesagt, wie sehr wir sie schätzten.

Die polnische Schriftstellerin Wislawa Szymborska schreibt in ihrem Gedicht „Vom Tod ohne Übertreibung“:

*Es gibt kein Leben,
das nicht wenigstens für einen Augenblick
unsterblich wäre.*

*Der Tod
Kommt immer um diesen einen Augenblick zu spät.*

*Umsonst rüttelt er am Griff
Der unsichtbaren Tür.
Er kann, was jemand erreicht hat,
nicht rückgängig machen.*

Elke hat Spuren hinterlassen, die niemand mehr verwischen kann. Es ist wahr: Der Tod kann, was sie erreicht hat, nicht rückgängig machen.

Elkes Tod kam dennoch viel zu früh. Unser Mitgefühl gilt ihrer Familie und allen, die um sie trauern.

Wir werden sie nicht vergessen.

Zum 70. Geburtstag von Dr. Wolfgang von Rimscha

Wolfgang von Rimscha war in einer für Erlangen hervorragenden Zeit an maßgeblicher Stelle - als Leiter des Rechtsamtes - für viele, auch heute noch sehr bedeutende, Entscheidungen zuständig. Er ist einer der "grand old men" der Erlanger SPD und feiert am 1.6. seinen 70. Geburtstag.

Wolfgang von Rimschas Selbstverständnis als hochqualifizierter Profijurist war immer frei von der Mentalität "berufsmäßiger Bedenkenträger". Damit passte er optimal in das Dreigespann der damals neuen Rechtskundigen am Beginn der Ära Hahlweg mit seinem Referenten Dietmar Habermeier. Unter strikter Wahrung seiner Pflicht Rathaus-Beamter zu parteipolitischer Neutralität hat Wolfgang von Rimscha, von 1976 bis 1999 als Leiter des städtischen Rechtsamtes, die wichtige juristische Kärnerarbeit geleistet für die politisch von Dietmar Hahlweg und der SPD betriebenen reformerischen Initiativen.

So zum Beispiel bei der Auseinandersetzung mit der Regierung von Mittelfranken um den Stadtratsbeschluss "Atomwaffenfreie Zone", die erfolgreichen Rechtsstreitigkeiten um Geschwindigkeitsbeschränkungen aus Lärmschutzgründen auf der A 73 oder die Limitierung der Grundstückspreise im Entwicklungsgebiet West. Geradezu juristische "Hochseilakrobatik" hat er beim Ankauf des ehemaligen US-

Geländes vom Bund gezeigt, dem heutigen Röthelheimpark, eine von Dietmar Hahlweg und der SPD betriebene stadthistorische Entscheidung, die im Rathaus zunächst keineswegs unumstritten war, sondern sogar bekämpft wurde.

Erwähnt werden muss hier auch noch ein anderes verdienstvolles Wirken Wolfgang von Rimschas - gleichsam aus der Theaterkulisse der Erlanger Kulturszene heraus. Hier gab es mit Dietmar Hahlweg, dem SPD-Kulturreferenten Wolf-Peter Schnetz und dem theaterbeflissenen Rechtsamtsleiter wieder ein effizientes Dreigespann. Es ging dabei nicht nur um die heute weitestgehend friedlich geregelte Führungsrolle für das Theater Erlangen zwischen dem Gemeinnützigen Verein und dem jungen städtischen Theater in der Garage. Es ging auch um die Frage eines eigenen Ensembles oder um ein ausschließlich von Tourneebühnen bespieltes Theater. Und es ging in der Folge auch

um das Erlanger Drei-Säulen-Modell von eigenproduzierendem Theater, Gastspielen und Angeboten von freien Bühnen, Schultheater, Festivals usw.. Wolfgang von Rimscha hat sich dabei als Gründungsvorsitzender des Fördervereins und auch als einer der Wegbereiter für diese Reform zu einem aktuellen und kritischen Theater sehr verdient gemacht!

Wir danken ihm für seinen Einsatz für die Stadt Erlangen und ihre Bürgerinnen und Bürger, für eine lebenswerte Umwelt und für sein kulturpolitisches Engagement!

Lieber Wolfgang, du wirst uns da ein großes Vorbild bleiben! Und wir hoffen, dass du die Früchte deiner Arbeit - nicht immer leicht zu ernten - noch lange und mit der dir eigenen kritischen Freude genießen kannst!

Alles Gute zum 70. Geburtstag wünscht dir im Namen der ganzen Erlanger SPD deine Ursula Lanig

Mit gutem Beispiel voran – zur Nachahmung empfohlen!

**Redaktionsschluss für die
Ausgabe Juli/August 2007:
22.06.2007**

SPD-Erlanger Mitte

lädt ein zum Gespräch.

**Dienstag, 5. Juni 2007,
um 20.00 Uhr,
im Nebenzimmer der
Waldschänke, Lange
Zeile 104**

**Zum Thema: Die SPD in
Bayern**

Ursula Lanig

Jochen Kraft



Unser langjähriger Genosse Karl Ziegenthaler geht mit gutem Beispiel voran und hat dem SPD-Kreisverband für den Kommunalwahlkampf eine Spende überreicht. Darüber freuen sich Oberbürgermeister-Kandidatin Ursula Lanig, Kreisvorsitzender Robert Thaler und Wahlkampfleiter Dieter Rosner!

Um im Wahlkampf erfolgreich zu sein, sind wir dringend auch auf Spenden aus den eigenen Reihen angewiesen. Jede Spende ist ein Beitrag zum Erfolg. Wir hoffen, Karl findet viele Nachahmer.

Spenden bitte unter dem Stichwort „Erfolg 2008“ auf das SPD-Konto mit der Nummer 12 005 bei der Sparkasse Erlangen (BLZ 763 50 000). Jede/r Spender/in erhält dafür natürlich eine Spendenbescheinigung.

Wir gratulieren zum Geburtstag:

Wir gratulieren herzlich allen, die im Juni Geburtstag feiern. Wir wünschen Euch für Euer nächste Lebensjahr alles Gute.



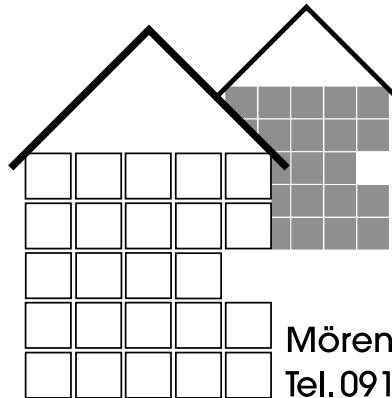
01.06.	Willibald Friedrich	70 Jahre	08.06.	Rolf Schowalter	60 Jahre
01.06.	Wolfgang von Rimscha	70 Jahre	09.06.	Karl Ziegenthaler	87 Jahre
03.06.	Heinz Triftshäuser	77 Jahre	12.06.	Mirosljub Kostic	60 Jahre
06.06.	Thomas Hain	50 Jahre	17.06.	Gert Büttner	60 Jahre
06.06.	Ruhi Teksifer	72 Jahre	17.06.	Sabine Sakas	50 Jahre
06.06.	Gisela von Rimscha	71 Jahre	19.06.	Erich Reim	87 Jahre
07.06.	Karl Gnad	77 Jahre	30.06.	Klaus-D. Löw	60 Jahre

Aus dem Landtag: Stellenabbau bei wachsenden Studierendenzahlen

Besonders drastisch ist die Personalsituation an den Hochschulbibliotheken: Sie ist mit der Beantwortung der schriftlichen Anfrage der SPD-Landtagsfraktion deutlich geworden. Das Personal an den Universitätsbibliotheken wurde seit 2001 um 2,5 Prozent reduziert, obwohl die Studierendenzahl in dieser Zeit um 20 Prozent angestiegen ist. Um diesem Studierendenanstieg zu entsprechen, hätten an den Universitäten 200 Stellen neu geschaffen werden müssen, es sind jedoch 24 weggefallen, und das bei deutlicher Erweiterung der Aufgabengebiete.

Bei den 17 bayerischen Fachhochschulbibliotheken ist die Personalsituation noch schwieriger. Seit 1999 hat sich hier die Zahl der Studierenden um 30 Prozent von 52.000 auf 67.500 im Jahr 2005 erhöht. Das Personal im Stellenplan ist um 2 Stellen auf lediglich 116 Stellen angestiegen. Das sind 2 Stellen für 15.500 Studierende. Die Konsequenzen für die Bibliotheken sind fehlende Mitarbeiter im Schulungs- und im EDV-Bereich, bei den elektronischen Medien und für das Angebot ausreichender Öffnungszeiten.

Ungeachtet der signifikanten Ausweitung des Leistungsspektrums der Bayerischen Staatsbibliothek - z.B. Öffnungszeiten an 7 Tagen einschließlich Wochenenden von 8:00 Uhr bis 24:00 Uhr - sind die Stellen seit 1999 um 10 Prozent (!) gekürzt worden.



Erlanger Mieterinnen- und Mieterverein

Mörendorfer Str. 1c · 91056 Erlangen
Tel. 09131/4 32 26

Beitragssätze

Der ermäßigte Mitgliedsbeitrag in Höhe von 24,- Euro pro Jahr gilt für alle:

- Schüler/-innen
- Studenten/-innen
- Lehrlinge
- Rentner/-innen
- Arbeitslose
- Sozialhilfeempfänger/-innen
- Wehr- und
- Zivildienstleistende

Alle anderen zahlen 30,- Euro jährlich. Hinzu kommt eine einmalige Aufnahmegebühr von 2,50 Euro.

Wir bieten

- Beratung unserer Mitglieder in allen Fragen des Mietrechts. (siehe Beratungstermine)
- Informations- und Erfahrungsaustausch durch unsere Rundbriefe.
- Möglichkeit zur aktiven Mitgestaltung der Vereinsarbeit.
- Offenheit für alle Beiträge im konkreten und politischen Handeln.

Beratungstermine

Jeden Dienstag von 18.00 - 20.00 Uhr
im E-Werk an der Fuchsenwiese,
Gruppenraum 2 (3. Stock)

Jeden ersten Montag im Monat
von 17.30 - 19.00 Uhr in der Scheune,
Odenwaldallee 2

Jeden ersten Donnerstag im Monat
von 17.00 - 19.00 Uhr im
Begegnungszentrum Fröbelstr. 6,
Stadtteil Bruck

Während des Semesters jeden
Donnerstag von 18.00 - 19.00 Uhr
im Sprecherrat, Turnstraße 7

Ansonsten nach telefonischer
Vereinbarung, Tel.: 43226
(Montag bis Freitag von
9.00 - 12.00 Uhr)

SPD ehrt ParlamentarierInnen, die gegen das Ermächtigungsgesetz gestimmt haben

Die Abgeordneten der SPD-Landtagsfraktion ehrten im Bayerischen Landtag die 16 Abgeordneten, die 1933 als einzige gegen das Ermächtigungsgesetz der Nationalsozialisten gestimmt haben und dafür erhebliche Nachteile bis hin zur Haft im Konzentrationslager hinnehmen mussten. „Die SPD war die einzige Partei, die gegen das Ermächtigungsgesetz gestimmt hat. Wir können stolz darauf sein, dass wir ihr angehören“, sagte SPD-Fraktionschef Franz Maget. Im Maximilianeum ist dazu eine Gedenktafel für verfolgte Parlamentarier eingeweiht worden.

SPD-Fraktionschef Franz Maget verlas die Namen der aufrechten Parlamentarier in alphabetischer Reihenfolge: Lina Ammon, Erhard Auer, Alfons Bayerer, Franz Bögler, Georg Dewald, Konrad Eberhard, Fritz Endres, Hans Gentner, Karl Giermann, Wilhelm Hoegner, Clemens Högg, Josef Laumer, Adolf Ludwig, Albert Roßhaupter, Hans Seidel und Strobl Josef. Der Abgeordnete Michael Poeschke konnte nicht mit abstimmen. Er war im KZ Dachau so schwer misshandelt worden, dass er ins Krankenhaus eingeliefert worden war. Albert Roßhaupter, der spätere Staatsminister für Arbeit und soziale Fürsorge im Kabinett Ehard, sagte in seiner historischen Rede gegen das Ermächtigungsgesetz am 29.



Wolfgang Vogel neben der Gedenktafel für verfolgte ParlamentarierInnen

April 1933: „Eine Partei mit dieser Vergangenheit kann man mit Zwangsgewalt vorübergehend unterdrücken, man darf aber von ihren überzeugten Anhängern nicht erwarten, dass sie feige ihre Fahne verraten.“ Und: „... wir halten deshalb ein Ermächtigungsgesetz für überflüssig und können ihm auch aus unserer grundsätzlichen Einstellung heraus nicht zustimmen.“

Wolfgang Vogel für Tempolimit auf Bayerns Autobahnen

Anders als die Mehrheit der SPD-Fraktion hat sich Wolfgang Vogel im Bayerischen Landtag für ein Tempolimit auf Bayerns Autobahnen von 120 km/h ausgesprochen. Er stimmte für einen Antrag, den die Grünen im Bayerischen Landtag eingebracht hatten.

Darin wird die Staatsregierung aufgefordert, eine Bundesratsinitiative zu starten mit dem Ziel, die Höchstgeschwindigkeit auf Autobahnen auf 120 km/h zu begrenzen.

Diese Geschwindigkeitsbegrenzung analog zur Forderung des Umweltbundesamtes trüge dazu bei, schwere Unfälle zu verhindern, den Schadstoffausstoß zu begrenzen, den Energieverbrauch und damit die Abhängigkeit vom Öl zu verringern, die Lärmbelastung zu reduzieren und den Verkehr auf den Autobahnen flüssiger laufen zu lassen. Dies wäre damit zugleich eine kostengünstige Maßnahme, die Kapazität der Autobahnen zu erhöhen.



Sparmaßnahmen bei den Uni-Bibliotheken schaden Bayern als Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort

In Bayern herrscht bei der Ausstattung der wissenschaftlichen Bibliotheken Notstand statt Exzellenz. Dramatische Personalsituation, fehlende Fachliteratur und immer schlechtere Rahmenbedingungen: Kaufkraftverlust auf von etwa 30 Prozent seit 2001.

Gut ausgestattete wissenschaftliche Bibliotheken sind die Voraussetzung für die internationale Konkurrenzfähigkeit von Forschung und Wissenschaft. Bibliotheken machen das Wissen, das die Wissenschaft in den letzten Jahrhunderten produziert hat, verfügbar. Sie ermöglichen den Studierenden ein effektives und erfolgreiches Studium an den bayerischen Hochschulen.

Doch in Bayern herrscht bei der Ausstattung der wissenschaftlichen Bibliotheken Notstand statt Exzellenz. SPD-Hochschulpolitiker Wolfgang Vogel befürchtet durch die staatlichen Sparmaßnahmen bei den wissenschaftlichen Bibliotheken Nachteile für Bayern als Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort. „Die in den letzten Jahren unzureichenden Bibliotheksmittel haben die Situation an den Hochschulen in Bayern verschlechtert“, so der hochschulpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion.

Mit einer dramatischen Personalsituation, fehlender Fachliteratur und sich ständig verschlechternder Rahmenbedingungen nimmt die Staatsregierung seit Jahren die Gefährdung des Wissenschaftsstandorts Bayern in Kauf.

Für den Wissenschaftsstandort Bayern ist eine optimale Ausstattung der Hochschulbibliotheken unabdingbar. Wenn die bayerischen Hochschulen auch in Zukunft international wettbewerbsfähig sein wollen, müssen die Wissenschaftler und Studierenden auch die aktuellsten Forschungsergebnisse in ihre Arbeiten einbeziehen können. Dazu sind für die Universitäten und Fachhochschulen die nötige Informations- und Literaturversorgung unentbehrlich.

Sommerfest der SPD am Sonntag, 29. Juli von 13.⁰⁰ bis 17.⁰⁰ Uhr

Liebe Genossinnen und Genossen,
zum dritten Mal veranstalten wir heuer das
Sommerfest der SPD im Röthelheimpark.
Dieses Jahr steht natürlich die Kommunal-
wahl 2008 im Mittelpunkt.

Zum Gelingen des Festes benötigen wir
wie immer Eure Unterstützung und Eure
Hilfe!

Auf/Abbau, Stände:

Wir benötigen noch jede Menge Ge-
nossinnen und Genossen zum Auf- und
Abbau, sowie für die einzelnen Stände.

- Aufbau ab 9.⁰⁰ Uhr
- Abbau ab 18.⁰⁰ bzw. 17.⁰⁰ Uhr (je
nach Wetter und Besucher)
- Stände:
 - Info-Stand
 - Bücher-Stand
 - Kaffee/Kuchen
 - Getränke-Ausschank
 - Geschirr-, Gläser-, Pfandrückgabe

- Grill
- Cocktail-Stand (Jusos)
- Spülmobil
- Kinderbetreuung am Spielmobil und
an der Hüpfburg
- Luftballon-Start

Kuchenspenden:

Wir bitten um Kuchen-
spenden für unseren Kaf-
fee- und Kuchenstand.
Wegen der beschränkten
Kühlmöglichkeiten solltet
Ihr keine Creme- oder Sah-
netorten mitbringen.

Bitte meldet bei Hans
Wachter Eure Kuchen-
spende an. Auf Wunsch
werden wir den/die Ku-
chen bei Euch abholen,
wenn Ihr keine Transport-
möglichkeit habt.

Bitte meldet Euch bei Hans Wachter,
Telefon: 09131/501647, Fax: 09131/
613100, Mobil: 0177/3127448, e-Mail
Karin.Hans.Wachter@nefkom.net. Ihr
könnt Euch auch bei Karin Franke im Par-
teibüro anmelden.

Auf jeden Fall kommt zum Sommerfest
und bringt auch Freunde und Bekannte mit!



Über Gott und die Welt reden!



Evangelische Erlöserkirche

Podiumsdiskussion zum Thema

„Welcher Gott gehört in die Verfassung?“

Mit Dr. Dr. h.c. Sefik Alp **Bahadir**

Professor für gegenwartsbezogene Orientforschung

Dr. Siegfried **Balleis**

Oberbürgermeister von Erlangen (CSU)

Dr. Johanna **Haberer**

Professorin für evangelische Publizistik

Dr. h.c. **Türkmenoglu**

Dozent am interdisziplinären Zentrum für Islamische Religionslehre

Wolfgang **Vogel**

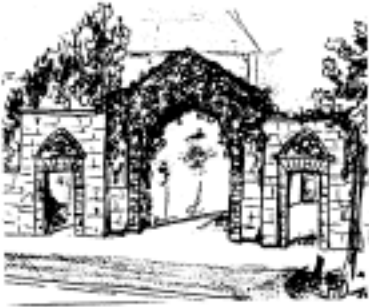
Mitglied des Bayerischen Landtags (SPD)

Moderation: Dr. Hans-Jürgen **Luibl**

Pfarrer, Leiter von „bildung evangelisch“

Freitag,
15. Juni 2007 um
20.00 Uhr im
**Paul-Gerhardt-
Haus** (Donaustr. 6).

Anschließend Ge-
legenheit zum gesell-
igen Gespräch im
Biergarten



Vorsitzender:
Christofer Zwanzig
Telefon: 4003764
e-Mail: Christofer.Zwanzig@spd-online.de

Anger

Liebe GenossInnen,
wir laden Euch herzlich ein zu unserer

**Mitgliederversammlung
am Mittwoch, 20. Juni
um 20.00 Uhr im Anger-
wirt (Guhmannstr. 10)**

Der Distriktsvorstand trifft sich bereits um
19.30 Uhr.

Vorschlag für die Tagesordnung

1. Aktuelles und Berichte
2. Kommunalwahl 2008
3. Gespräch mit Isabel Klein vom BIG-Projektbüro
4. Projekt Mitgliederwerbung
5. Sonstiges

Für den Distriktsvorstand mit solidarischen
Grüßen
Sandra Radue und Christofer Zwanzig



Vorsitzender:
Wolfgang Peter
Telefon: 303090
eMail: bruck@spd-erlangen.de

Bruck

Liebe Genossinnen und Genossen,
unsere nächste Distriktsitzung ist am

**Dienstag, den 12.6.
um 20:00 Uhr
beim FSV Bruck**

Wir beschäftigen uns weiterhin mit
unserem Programm für die nächste Kom-
munalwahl.

Wir freuen uns über jeden Beitrag und
möglichst vielen Teilnehmern.

Für den Vorstand
Wolfgang Peter

Protokoll Distrikt Bruck vom 15.05.07

Hauptthema war das Sammeln von
Schwerpunkten für den Kommunalwahl-
kampf.

Jürgen (Verkehr), Karlheinz (Äußerlich-
keiten) und Swetlana (Bewegung, Sport,
Aussiedler) schreiben bis 05.06. für ihre
Schwerpunkte etwas zusammen und
schicken es an Wolfgang. Für die Themen
Jugend und Soziales wurde noch niemand
benannt.

Wolfgang klärt bis zur nächsten Sit-
zung wann das Lindenbaumfest und die
Brucker Kirchweih ist.

Für den Vorstand
Gunda Gerstenmeyer



Vorsitzende:
Heike Fischer
Telefon: 09135-6269

Dechsendorf

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden Euch herzlich ein zu unserer

**Distriktsversammlung
am Dienstag, 3. Juli,
um 20:00 Uhr
im Gasthof Rangau**

Vorschlag für die Tagesordnung:

1. Aktuelles und Berichte
2. Kommunalwahl 2008
3. Präsentation Sommerfest
4. Verschiedenes

Für den Vorstand
Wolfgang Schwerna

Eltersdorf



Liebe Genossinnen und Genossen,
unser nächstes Distriktstreffen ist am

**Dienstag, 19. Juni
um 20:00 Uhr
im Schützenhaus**

Tagesordnung:

wird aktuell beschlossen

Für den Vorstand
Manfred Jelden

Vorsitzender:
Manfred Jelden
Telefon: 601333
e-Mail: manfred.jelden@nefkom.net

Frauenaarach



Liebe Genossinnen und Genossen,
Unsere nächste Mitgliederversammlung
findet statt

**am Dienstag, 19. Juni,
20 Uhr, AWO-Raum,
Gaisbühlstr. 4**

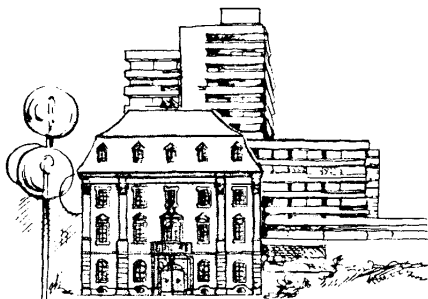
Wir wollen mit unsere Oberbürgermeister-Kandidatin über ihre Schwerpunkte sprechen und ihr unsere Probleme und Anregungen aus dem "Erlanger Süd-Westen" ans Herz legen.

Zum Vormerken: Unsere Juli-Distriktversammlung ist am 17.7.

Gabi Dorn-Dohmstreich

Vorsitzende:
Gabi Dorn-Dohmstreich
Telefon: 992114
e-Mail: dohmstreich@nefkom.net

Innenstadt



Liebe Genossinnen und Genossen,
Unsere nächste Mitgliederversammlung
findet statt

**am Dienstag, 12. Juni,
20 Uhr
in der „Kulisse“, Theater-
straße.**

chen Schwerpunkte zur Kommunalwahl diskutieren.

Im zweiten Teil des Abends wollen wir uns mit dem aktuellen Stand der Debatte über das neue **SPD-Grundsatzprogramm** beschäftigen, insbesondere mit den Themen **Wirtschaft/Arbeit/Soziales** sowie **Frieden/Europa**.

Zum Vormerken: Distriktssitzung im Juli am Dienstag, 10.7.

Für den Vorstand
Barbara Pfister

Vorsitzende:
Barbara Pfister
Telefon: 502481
e-Mail: barbara.pfister@fen-net.de

Ursula Lanig, die in diesem Monat als OB-Kandidatin nominiert wird, wird mit uns über ihre Kandidatur und die inhaltli-

Ost

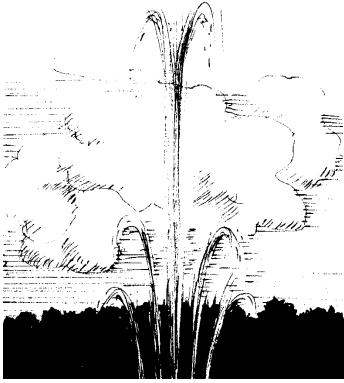


Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden Euch herzlich ein zu unserer

**Distriktversammlung
am Mittwoch, 20.06.,
19.00 Uhr, in der AWO
Ost, Drausnickstr. 82**

Jochen Kraft

Vorsitzender:
Jochen Kraft
Telefon: 6146287
e-mail: Kraft.Jochen@gmx.de



Vorsitzende:
Brigitte Rohr
Telefon: 4000974

Süd

Liebe Genossinnen und Genosse,
die nächste Distriktsitzung des Distrikts
Süd ist am

**20.Juni 2007, 20 Uhr
im Biergarten Röthelheim.**

Die Tagesordnung wird aktuell beschlos-
sen.

Liebe Genossinnen und Genossen,
bitte beachtet, dass der nächste Mo-
natsspiegel eine

Doppelausgabe für Juli und August

sein wird. Redaktionsschluss dafür ist
der 22.06.

Die weiteren vorläufigen Termine
2007 für den Redaktionsschluss (könn-
en sich noch geringfügig ändern):

- Ausgabe September: 24.08.
- Ausgabe Oktober: 21.09.
- Ausgabe November: 26.10.
- Ausgabe Dezember/Januar:
23.11.

Solidarische Grüße
Philipp Dees



Vorsitzender:
Rolf Schowalter
Telefon: 601924
e-mail: RolfSchowalter@t-online.de

Tennenlohe

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden Euch herzlich ein zu unserer

**Distriktsversammlung
am Dienstag, 12.06.,
20.00 Uhr
im Haus Am Bach 17**

Tagesordnung:

1. Aktuelles.
2. Berichte.

3. Überarbeitung unseres Distriktpro-
gramms
4. Bürgerfragebogen für Tennenlohe ?
5. Vorbereitung des Spielplatzfestes am
30.06.
6. Verschiedenes
7. Feiern

Weitere Termine: 10.7.(Sportgaststätte An
der Wied)

Für den Vorstand
Rolf Schowalter

Protokoll der Distriktsversammlung vom 17.4.07

Grundsatzprogramm

Christofer Zwanzig stellt uns den Bre-
mer Entwurf des neuen Grundsatz-
programmes vor und erläutert einige
Schwerpunkte. Kritisch stellte er diesen
Entwurf dem bisherigen Berliner Pro-
gramm gegenüber und fragt: Passt sich
die SPD-Programmatik an das von Kom-
promissen geprägte Regierungspro-
gramm an? Gegenüber dem Berliner Pro-
gramm sei der Entwurf „weichgespült“. So
werde jetzt z.B. von „sozialer Demokra-
tie“ statt „demokratischem Sozialismus“,
von „wirtschaftlicher Demokratie“ statt
„Wirtschaftsdemokraie“ gesprochen. Statt
der früheren Position als „Arbeiterpartei“
würde keine klare Position mehr erkenn-

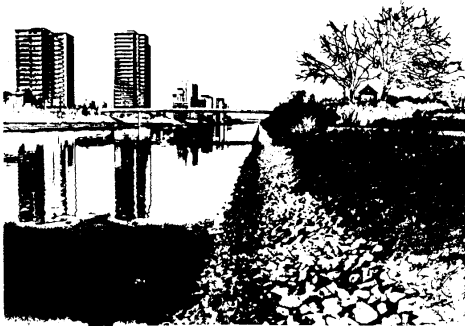
bar und auch im internationalen Teil wür-
den die „eigenen Interessen“ gegenüber
einer „gerechteren solidarischen Weltord-
nung“ mehr Gewicht erhalten. Technischer
Fortschritt werde ziemlich unkritisch ge-
sehen und die Forderung zur „politischen
Gestaltung“ sei wenig ausgeprägt.

Christofer erläuterte auch die Versuche
der SPD Mittelfranken, wenigstens in ei-
nigen Punkte präzisere und eindeutige
Formulierungen durchzusetzen.

Es schließt sich eine längere, anregen-
de Diskussion an.

Die Versammlung dankt Christofer für
seine informativen Ausführungen.

C. Schnapper



Vorsitzender:
Gerd Peters
Telefon: 44366
e-mail: gerd@peters.franken.de

West

Liebe Genossinnen und Genossen,
zu unserer Distriktsversammlung treffen wir uns

**am Mittwoch, 20. Juni,
um 20.00 bei GÜTHLEIN
(Gasthof „Zur Einkehr“)**

Wir freuen uns, dass unsere designierte
OB-Kandidatin Ursula Lanig an diesem
Abend zu uns kommt. Wir wollen ihre

Vorstellungen kennen lernen und Schwer-
punkte der Kommunalpolitik aus unserer
Sicht mit ihr diskutieren.

Darüber hinaus stehen die üblichen Ta-
gesordnungspunkte an wie: Berichte aus
Kreisvorstand, Fraktion und Ortsbeirat
sowie „Verschiedenes“

Bis dahin herzliche Grüße
Im Auftrag des Vorstands
Gerd Peters

Bericht von der Distriktsver- sammlung am 24.04.2007

Im Mittelpunkt der April-Distriktsver-
sammlung stand der Bericht von Siegfried
Roth vom Kultur- und Freizeitamt (KuF)
über die Planungen für ein soziokulturel-
les Zentrum in Büchenbach-West.

Südlich des Lidl soll derzeit ein weite-
rer Komplex mit Läden, Ärzten etc. ent-
stehen. Dafür sind die Planungen bereits
weit fortgeschritten. Auf der Fläche da-
neben ist ein soziokulturelles Zentrum ge-
plant, außerdem will die Stadtbücherei
dort eine Außenstelle einrichten

Bevor das soziokulturelle Zentrum ge-
baut wird, soll im Dialog mit der Bevölke-
rung in Büchenbach geklärt werden, was
dort für Räume entstehen sollen. Gedacht
ist unter anderem an Mal- und Werkräume,
Mehrzweckräume, die z.B. von Ver-
einen, Jugendverbänden, dem KuF selbst
und der VHS genutzt werden können so-
wie an einen kleinen Saal.

Die zuständige Abteilung im KuF hat
vorgeschlagen, im Haushalt 2008 Gelder
für die Planung und für 2009/10 Bau-
mittel vorzusehen. Vereinbart wurde, dass
die SPD und die BI West dies in den Haus-
haltsberatungen auch einfordern. Außer-
dem wird die SPD darauf achten, dass
die für das Zentrum vorgesehenen Flächen
nicht anderweitig verplant werden.

Neben dem Hauptthema wurde noch
berichtet, dass der Wettbewerb für die
Bebauung des Cesiwid-Geländes ent-
schieden ist. Streit gibt es weiter um die
Sperrung der Häuslinger Straße.

Im Ortsbeirat Kosbach gibt es weiter
Querelen zwischen den CSU-Mitgliedern,
die die Arbeit des Gremiums lähmen.

Philipp Dees

Bericht über die Veranstaltung zum Thema „Wünsche/ Anregungen für die Planungen des Hallenbades West“

Eingeladen hatte der SPD-Distrikt West
zu einer öffentlichen Versammlung mit
dem kaufmännischen Vorstand der Erlan-
ger Stadtwerke Matthias Exner. Ziel war es,
zum einen über den Stand der
Überlegungen für das geplante neue Hal-
lenbad zu informieren und zum anderen
Anregungen und Wünsche der BürgerIn-
nen des Stadtwestens bezüglich des An-
gebots und der Leistungsmerkmale des
geplanten Neubaus zu erfahren. Über 70
BürgerInnen folgten dieser Einladung.

Nach der grundsätzlichen Entschei-
dung des Stadtrats vom Herbst 2006, die
Erlanger Bäder ab 2008 durch die Erlan-
ger Stadtwerke betreiben zu lassen und
unter deren Federführung das neue Hal-
lenbad zu erbauen, sind hierfür die Grob-
planungen angelaufen. Gegenwärtig ste-
hen die Verhandlungen über die konkre-
te Ausgestaltung der Aufgaben der Stadt-
werke zwischen Stadt und Stadtwerken
an. Im November 2007 soll dann im
Stadtrat die endgültige Entscheidung fal-
len. Sofern keine unvorhergesehenen Er-
eignisse eintreten, könnte der Neubau bis
Ende 2011 fertiggestellt werden.

Ausgehend von den Ausführungen von
Mathias Exner und den zahlreichen Anre-
gungen der Anwesenden zeichnet sich fol-
gendes Wunschbild für dieses neue Bad ab:
Es soll kein Spaßbad sein. Entsprechende
Angebote im Umkreis von Erlangen aber
auch das eindeutige Votum der Erlanger
im Rahmen des Bürgerentscheids von 2005,
in dem eine klare Absage an Spaßbad-
konzepte erfolgte, schließen dies aus. Viel-
fältige, eventuell auch konkurrierende
Nutzergruppen wie Schulen, an Wasser-
gymnastik Interessierte, Senioren, Sport-
schwimmer, Freizeitschwimmer, Jugendliche

oder auch gesundheitlich Beeinträchtigte
und nicht zuletzt Kinder und Erwachsene,
die das Schwimmen erlernen wollen, soll-
ten Platz im Nutzungskonzept finden.

Fest steht, dass das Bad eine 25-Meter-
Bahn und ein Lehrschwimmbecken haben
wird. Angedacht ist ein kleiner gastrono-
mischer Bereich. Das Bad sollte durchgän-
gig über das ganze Jahr geöffnet sein, die
Wassertemperatur sollte etwas höher als in
der Hanna-Stockbauer-Halle sein.

Besonders oft wurde der Wunsch ge-
äußert, in jedem Fall eine Sprungmög-
lichkeit vorzusehen. Dies erhöhe die At-
traktivität für Kinder und Jugendliche
nachhaltig. Verschiedene Eltern berichte-
ten von entsprechenden Wünschen ihrer
Kinder. „Die Kinder wollen sich ausprobieren.“ Auch unter sportlichen Gesicht-
punkten müsse es kein 10-Meter-Sprung-
turm sein – wie im Freibadbereich des
Westbads - eine Drei-Meter-Sprungmög-
lichkeit sei akzeptabel. Eine gewisse Ab-
grenzung von Schwimmbereich und
Sprungbereich wäre dabei erforderlich.

Lange Öffnungszeiten aber auch Fra-
gen der Tarifgestaltung wurden angespro-
chen. Eine Preisreduzierung in nutzungs-
schwachen Zeiten wäre anzudenken. Durch
das Fehlen einer preisreduzierten Famili-
enkarte bestehe eine erhebliche Barriere für
den Besuch. Am Rande wurde auf den
unangemessen hohen Preis für die Saison-
karte Freibad für einkommenslose Schüler
/Jugendliche ab 15 Jahren verwiesen (bis
15 Jahre 15 Euro, ab 15 Jahre 55 Euro).

Schließlich wurde angeregt, zu gege-
bener Zeit die Erreichbarkeit des neuen
Bades durch Busse zu optimieren.

Gerd Peters



Vorsitzende:

Helga Steeger

Telefon: 47866

e-Mail: helga.c.steeger@t-online.de

Protokoll der Sitzung des Unterbezirks am 11.04.07

- 1) Artikel für den Monatsspiegel müssen spätestens am 19. des Monats in der Redaktion sein.
- 2) Veranstaltung " Pflegeversicherung - Bewertung u. Ausblick" am 14. Mai, Referent Horst Schmidbauer
 - Vorbereitung: H. Steeger dankt Adi für die Gestaltung des Plakats, Felnermeier druckte zum Vorzugspreis. Aushängung u. Verteilung der Plakate übernehmen Anwesende.
 - W. Schwerna lädt Presse ein, Steeger übernimmt Formulierung des Presstextes
 - Mo., 7. Mai, 16 Uhr nochmals Treffen zum Abschluß der Vorbereitungen
 - Ursula Lanig soll als künftige OB-Kandidatin die Moderation übernehmen.
- 3) SPD Sommerfest im Rödelheimpark:
 - 60+ will mit einem Stand teilnehmen,
 - Aufforderung an alle, Slogans zu entwerfen (z.B. Alt und Jung - Hand in Hand") und Infomaterial zu sammeln.
 - Fragebogenaktion entwerfen, verantwortlich Alois.
 - Steeger sorgt für Stand u. Parteischild
- 4) Nur für KV ER: Der Arbeitskreis 60+ wählt Helga Steeger als offizielle Kandidatin der ARGE für die Kommunalwahl 2008. Alle anderen Bewerber um ein Stadtratsmandat, die Mitglieder der ARGE sind, werden ebenso unterstützt.
- 5) Nächste Sitzung: Mittwoch, 20. Juni, 16 Uhr

Dieter Breyer

Liebe Genossinnen und Genossen, nachdem wir am 14. Mai mit Horst Schmidbauer, MdB a.D, eine äußerst informative öffentliche Veranstaltung zum Thema „Pflegeversicherung“ hatten, wollen wir in unserer nächsten Sitzung einen Antrag dazu stellen:

**Mittwoch, den 20. Juni,
16.00 Uhr,
August-Bebel-Haus (Ein-
gang vom Parkplatz aus).**

Tagesordnung:

- Aktuelle Berichte aus dem KV und UB, von der Berlin-Fahrt mit Renate Schmidt, MdB und von der 7. Ordentlichen 60 plus Landeskonferenz zum Thema „ Alt und Jung, Miteinander-Füreinander“.
- Antrag zur Pflegeversicherung
- Protokoll
- Verschiedenes

Für den Vorstand und mit herzlichem Gruß
Helga Steeger

Bericht über die 60plus-Veranstaltung „Analysen und Forderungen zur Reform der Pflegeversicherung“

Auf Einladung von 60plus referierte Horst Schmidbauer am 14. Mai 2007 auf einer öffentlichen Veranstaltung im Haus der Gesundheit, Dreyzern, über dieses hochaktuelle Thema. Nach einer kurzen Einführung in die Merkmale und in das System der Pflegeversicherung (weitgehend gleich für sowohl die soziale als auch für die private) wies der Referent auf die hohe Zahl der Pflegebedürftigen und ihrer Entwicklung hin: In 2005 rd. 2,1 Millionen, in 2020 werden es schon 2,7 Millionen sein. Eine Reform, die ihren Namen verdient, muß nicht nur die von allen anerkannten Schwachstellen beseitigen, sondern auch strukturellen Herausforderungen gerecht werden:

- Stärkung des Grundsatzes ambulante Pflege vor vollstationärer Pflege in dem Maße wie es die Lebensumstände ermöglichen.
- Dynamisierung der Leistungen der Pflegekassen (die Leistungen der Pflegekassen als Zuschüsse zu den tatsächlichen Kosten wurden seit Einführung der Pflegeversicherung 1995 nicht mehr erhöht!).
- Vermeidung von Dumpinglöhnen vor allem im häuslichem Bereich.
- Die finanzielle Ausstattung der sozialen Pflegeversicherung muß auf der Einnahmenseite deutlich verbessert werden, weil die noch bestehenden Rücklagen in wenigen Jahren aufgebraucht sein werden.

Die Voraussetzungen für die ambulante/häusliche Pflege muß verbessert werden (Pflegende müssen besser ausgebildet und intensiver begleitet werden). Ausreichend vorhandene und bezahlbare Tageseinrichtungen sind erforderlich.

Als erstes Fazit seiner Analyse hob Horst Schmidbauer hervor, daß die wie in der Krankenversicherung bestehende „ Schiefelage“ zur privaten Versicherung (deutlich weniger Pflegefälle und geringere Pflegekosten pro Pflegefall) aufgelöst werden muß. Das Risiko, pflegebedürftig zu werden, muß solidarisch getragen werden.

Die **zentralen Forderungen aus SPD-Sicht** für eine umfassende Reform der Pflegeversicherung sind daher:

- Ausbau zu einer Bürgerversicherung, in der alle Einkommensarten in die Beitragsbemessung einbezogen werden.
- Finanzieller Ausgleich zwischen den beiden Versicherungssystemen.
- Reform der Strukturen (Entwicklung eines neuen Pflegebegriffs, Stärkung des Grundsatzes ambulant vor stationär, Verbesserung der Versorgung Demenzkranker, Dynamisierung der Leistungen)

Die Einführung eines umfassenden Pflegebegriffs für alle Leistungsträger erfordert die Feststellung des Hilfe-/ Teilhabebedarfs in den Bereichen Körperbezogene Fähigkeiten, gerontophychiatrischer Fähigkeiten, medizinischer Behandlungspflege und sozialer Teilhabe. Dieser erweiterte Pflegebegriff erfordert eine Neujustierung der bisherigen drei Pflegestufen. Ein besonderer Schwerpunkt sollte auch auf der Prävention und Rehabilitation liegen.

Zusammenfassend machte der Referent deutlich, dass es der SPD bei der Reform einerseits um die Anerkennung eines ganzheitlichen Menschenbildes für die Pflege gehe und es andererseits beim Umbau der Pflegeversicherung in eine Bürgerversicherung ein Stück mehr soziale Gerechtigkeit zu realisieren gilt.

Die anschließenden Diskussion, die von **Ursula Lanig** geleitet wurde, machte deutlich, daß es zunächst darum gehen muß, die Anforderungen an eine menschenwürdige Pflege festzulegen. Ein reiches Land wie Deutschland wird die finanziellen Mittel für eine solche Pflege bereitstellen können. Weitere Diskussionsbeiträge bezogen sich auf die Qualität von Pflegeheimen, neuen Wohnformen für ältere Menschen, die auch Pflegemöglichkeiten einschließen und dem Abbau des Automatismusses aus dem Krankenhaus ins Pflegeheim.

Eine der interessantesten Fragen an diesen Nachmittag war: Wie kann man diese Probleme, die nur einem kleinen Teil der Bevölkerung bekannt sind, „unters Volk“ bringen? In ihrem Schlußwort ging **Helga Steeger** auf diese Frage ein, indem sie auf die **Sitzung von 60plus am 20. Juni** hinwies, auf der Anforderungen an die Parteien zur Reform verabschiedet werden sollen. **Jeder ist dazu herzlich eingeladen.**

Wolfgang Schwerna



Vorsitzende:

Michelle Starck
Telefon: 0160-1114780
e-Mail: mitch_ave@yahoo.de

Liebe Genossinnen und Genossen,
unsere nächsten Termine:

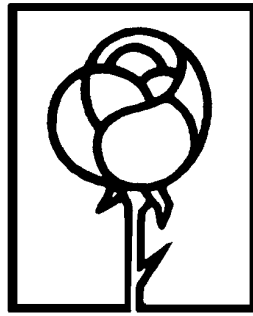
- 12.06., 20 Uhr im August-Bebel-Haus: Obdachlosigkeit in Erlangen
- 26.06., 20 Uhr im August-Bebel-Haus

Sozialistische Grüße
Michelle

Protokoll der Jusos-Sitzung am 15.05.07

TOP 1: Frauen:

1. Berichte über Artikel aus dem Spiegel von Elena
 - neues Buch von Alice Schwarzer: „Die Antwort“
 - besorgniserregende Öffentlichkeitspräsenz des sog. „Familiennetzwerkes“, das derzeit in fast allen „politischen“ Talkrunden vertreten ist und z.B. Bischof Walter Mixa unterstützt



ASF

Vorsitzende:

Johanne Behringer
Gabi Dorn-Dohmstreich Tel.: 992114
Gunda Gerstenmeyer
Hildegard Gröger, Telefon 502415
Birgit Hartwig Tel.: 55939
Julie Mildenberger Tel.: 23435
Barbara Pfister, Telefon 502481

und von Eva Herrmann, die diesem auch angehört, mitfinanziert wird und beängstigende Äußerungen trifft, wie etwa, dass Frauen dem Herd nicht entfremdet werden sollten, und fast alle Frauen doch lieber zu hause bleiben würden, wenn der Staat sie finanziell unterstützen würde.

- Nach landesweiten Demonstrationen und Internet- und anderen Aktionen wurde die 21 Jahre junge iranische Frauenrechtlerin Seinab Peighambar-sade verhaftet. Das breite, bisher in der Öffentlichkeit eher unbekanntes Bündnis iranischer Aktivistinnen fordert u.a. das patriarchalische Scheidungs- und Sorgerecht zu reformieren und die Polygamie und die Deklassierung von Frauen zu Bürgern zweiter Klasse durch die Scharia abzuschaffen. Unterstützt werden sie u.a. von der Friedensnobelpreisträgerin Schirin Ebadi. Der iranische Staat reagiert mit Festnahme und schärferen Überprüfungen der „islamischen Bekleidungs Vorschriften“ in der Öffentlichkeit.
- In Israel gibt es 36 Buslinien, in denen orthodoxe Separatisten durchgesetzt haben, dass Frauen hinten im Bus stehen müssen, während Männer sich vorne bequem auf den Sitzplätzen niederlassen können. Es kam sogar schon zu gewaltsamen Übergriffen an Frauen die sich dem widersetzten wollten. Die Verant-

Protokoll der AsF-Sitzung vom 02.05.07

TO: Reihung der Kandidatinnen für die Kommunalwahl

Die Kandidatinnen wurden bis zum Frauenplatz 14 einstimmig beschlossen.

Alle AsF-Frauen sind aufgefordert Vorschläge für eine Veranstaltung zur Kommunalwahl zu machen.

Gisela berichtet vom Bäder-Workshop.

Terminvorschau:

- AsF-Sitzung am 13.06 um 20:00 Uhr im ABH zum Thema G8. Referentin ist Julie Mildenberger.
- AsF-Sommersfest am 13.07. ab 19:00 Uhr in der Schillerstr.15 bei Petra-Maria Schreiber-Dach.

Für den Vorstand
Gunda Gerstenmeyer

wortlichen der Busgesellschaft meinen dazu nur, dass sie auf die Wünsche ihrer Kunden Rücksicht nehmen müssten und tolerieren dies.

2. Eva berichtet über Gleichberechtigung am Arbeitsplatz. Bis vor 3 Jahren bildete die Backstube, in der sie derzeit Konditormeisterin lernt keine Frauen ausgebildet, weil die angeblich körperlich nicht zu dieser Arbeit geeignet wären. Sie bemängelt, dass v.a. im Bereich des Handwerks Frauen noch lange nicht gleichberechtigt wären.

TOP 2: Bericht des Jugendparlaments:

Das Jugendparlament wurde 2002 von der Stadt gegründet. Alle Erlanger BürgerInnen zwischen 12 und 18 Jahren sind passiv und aktiv wahlberechtigt.

Es werden alle 2 Jahre 15 VertreterInnen in das Jugendparlament gewählt. Derzeit sind darunter 12 Mädchen und 3 Jungs zwischen 14 und 18 Jahren. Gymnasiasten (7 VertreterInnen) sind gegenüber Real- und Hauptschülern (je 3 VertreterInnen) eindeutig überrepräsentiert.

Das Jugendparlament trifft sich alle 14 Tage zu Beratungen. Sprechstunde ist jeden Mo und Mi von 16- 18h. Alle dort erfolgten Anfragen werden dann im Gremium beraten. Zudem erfolgt eine mittelfristige Sitzungsplanung. Auch Anfragen von städtischen Ämtern werden behandelt. Eine generelle Jugendpolitische Debatte erfolgt bisher nicht. Alle VertreterInnen sind parteiunabhängig.

Politische Begehren müssen beim Bürgermeister vorgebracht werden, welcher diese dann innerhalb von 3 Monaten zur Beratung in den Stadtrat einbringen muss. Das Jugendparlament ist in einigen Ausschüssen (z.B.: Umwelt/Verkehr/Planung; Kultur/Freizeit; Schule) vertreten, hat aber nur in einigen davon ein Rederecht. Es kommt dennoch oft zu Wort, fühlt sich von den Ausschüssen ernst genommen und empfindet die Zusammenarbeit als positiv.

Das Hauptproblem des Jugendparlaments ist sein geringer Bekanntheitsgrad und die geringe Wahlbeteiligung von nur 8%. Es wünscht sich daher von der Stadt mehr Unterstützung im Wahlkampf.

Eine Zusammenarbeit mit dem Stadtjugendring besteht bisher nicht, wurde von uns angeregt und wird jetzt wahrscheinlich erfolgen. Mit den Schulen und den SMVen besteht eine gute Zusammenarbeit, in deren Rahmen Infoveranstaltungen an den Schulen stattfinden. Das Budget sei leider etwas knapp.

Wir haben vorgeschlagen VertreterInnen des Jugendparlaments zu RPJ-Veranstaltungen mitzunehmen, was sehr gut ankam. Außerdem wurde gewünscht, dass unsere PM zum Alkoholverbot an Adson weitergeleitet wird.

Konkrete Wünsche an die Jusos haben die VertreterInnen des Jugendparlaments

nicht. Es wünscht sich, dass das Kultusministerium in mehreren Klassenstufen als bisher in einer höheren Stundenanzahl Sozialkunde im Lehrplan vorsieht, da das gesellschaftliche und politische Interesse bei Schülern aktuell (1h Sozialkunde pro Woche nur in der 10. Klasse an Gymnasien, an Real- u Hauptschulen etwas mehr, aber auch nicht ausreichend) nicht ausreichen gefördert werde, und dies auch Aufgabe des Unterrichts sei.

TOP 3: Berichte und Aktuelles

1. Birgit ärgert sich über Schäubles Präsentation der Bundeskriminalstatistik. Wir beschließen, dass wir uns mit der Statistik näher auseinandersetzen und einen Beschluss gegen die Vernachlässigung der ansteigenden rechtsextremen Straftaten und die Polarisierung auf die angebliche von islamistischen Terroristen ausgehende extreme Gefahr, die zu extensiven, beängstigenden Einschränkungen von Persönlichkeitsrechten missbraucht wird vorzubereiten und zu verabschieden.
2. Auf der internationalen Frauenkonferenz berichtete die Bürgermeisterin von San Carlos von der großen Anzahl von Fällen des Gebärmutterhalskrebses. Nun wurde herausgefunden, dass dieser Krebs durch einen, beim Geschlechts-

verkehr von Männern übertragenen Virus ausgelöst wird und ein ungefährlicher wirksamer Impfstoff entwickelt. Birgit fragt bei José nach, ob wir San Carlos diesbezüglich unterstützen können.

3. Im Maximilianeum in München findet am 20. Juli eine Debatte der Landesschülervertretung mit Jusoreferenten statt.
4. Modifizierter Antrag zum Alkoholverbot wurde auf der KMV vom 10.5.07 beschlossen, nachdem der ursprüngliche Antrag abgelehnt und lange über das Thema diskutiert wurde. Eine entsprechende PM wurde in der EN veröffentlicht. Das Kommunalwahlprogramm wurde verabschiedet.

TOP 4: Sommerfestplanung

Das SPD-Sommerfest findet am 29.07 im Röthelheimpark statt. Wir machen wieder einen Caipi-Stand, setzen dieses mal aber mehr auf antialkoholische Caipis.

Helfer müssen hygienerechtliche Erklärung unterschreiben und die Kasse muss von der Zubereitung strikt getrennt werden.

Elena hat vorgeschlagen den Erlös an das Frauenhaus zum Zwecke des Baus eines neuen Hauses zu spenden. Wir werden darüber noch abstimmen.

Elena Geck

Schneller ans Ziel mit dem Sparkassen-Finanzkonzept.
Sicherheit, Altersvorsorge, Vermögen.

Sparkasse Erlangen

Sie wollen Richtung Zukunft starten? Gemeinsam bestimmen wir zuerst mit dem Finanz-Check Ihre Position und legen dann mit dem Sparkassen-Finanzkonzept Ihren individuellen Kurs fest. So bringen wir Sie auf dem schnellsten Weg an Ihr Ziel. Mehr dazu in Ihrer Geschäftsstelle oder unter www.sparkasse-erlangen.de. Wenn's um Geld geht – Sparkasse.



SPD- Rathaustelegramm

Nummer 5/2007

S. 1

SPD-Fraktion fordert Mindestlohn von 7,50 € auch in Erlangen

Mit einem umfassenden Antrag hat die SPD-Fraktion nun die Initiative ergriffen zur Durchsetzung des Mindestlohnes von 7,50 € in Erlangen. Vom Wirtschaftsaufschwung sollen alle ArbeitnehmerInnen profitieren. Einerseits gibt es deutliche Zuwächse bei den Arbeitsplätzen, es werden Fachkräfte gesucht, z.B. FacharbeiterInnen, Kaufleute, IngenieurInnen u.a. Die Arbeitslosenzahlen sinken weiter. Andererseits wächst beim Sozialamt die Zahl derjenigen, die mit ihrer Erwerbstätigkeit ihre Existenz nicht aus eigener Kraft sichern können. Sie brauchen dauerhaft Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch, nämlich ergänzendes Arbeitslosengeld II, obwohl sie einen Arbeitsplatz haben. Schuld an dieser Situation sind die zu niedrigen Stundenlöhne in vielen Branchen und die enorme Zunahme schlecht bezahlter Leiharbeit.

Dazu Gisela Niclas, Fraktionsvorsitzende und sozialpolitische Sprecherin: „Das ist für die Betroffenen ein unwürdiger und belastender Zustand!“ Nach ihrer Auffassung ist dies gleichzeitig eine volkswirtschaftliche und sozialpolitische Fehlentwicklung. Die Steuereinnahmen des Staates müssen zur Lohnsubvention für die Wirtschaft erhalten, die solidarischen Sozialversicherungssysteme werden belastet, die Armutsentwicklung verschärft sich weiter.

Nicht nur die Bundespolitik ist gefordert. Um dieser Negativentwicklung auf der kommunalen Ebene konkret entgegenzuwirken, hat die SPD-Fraktion ein 6-Punkte-Programm aufgestellt: 1) Erarbeitung einer Bestandsaufnahme der tatsächlichen Entlohnungs- und Tarifsituation in den wesentlichen Branchen durch das städtische Wirtschaftsreferat in Zusammenarbeit mit Kammern und Gewerkschaften 2) Förderung und Unterstützung von Maßnahmen zur Erreichung eines Mindestlohnes von 7,50 € in den Erlanger Betrieben 3) Kein Stundenlohn unter 7,50 € bei der Stadt und ihren Tochtergesellschaften 4) Tariftreue- und Mindestlohnverpflichtung der Auftragsnehmer bei städtischen Vergaben, effiziente Kontrolle der Einhaltung, auch bei Subunternehmen und Leiharbeitsfirmen 5) Grundsätzlich keine Vermittlung von Langzeitarbeitslosen durch die GGFA unterhalb von 7,50 € 6) Bearbeitung der Problematik im Zusammenhang mit dem unzureichenden Tarifvertrag des CGB im Bereich der Leiharbeit mit dem Ziel, hier ein Konzept zu entwickeln, dass unabhängig von diesem Dumping-Tarif einen Mindestlohn von 7,50 € sichert.

Stadtteilzentrum Büchenbach rückt näher: Wichtiger Teilerfolg der SPD

Im Rathaustelegramm 3/2007 berichteten wir von den Planungen zum Ausbau des Stadtteilzentrums Büchenbach: Seit Jahren warten im größten Erlanger Stadtteil die BewohnerInnen auf „ihr“ Bürgerhaus. Verwaltung und CSU/FDP-Mehrheit wollten ursprünglich nur eine Erweiterung des Einzelhandels- und Dienstleistungsangebotes unter Investorenregie. Mit der breiten Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger im Stadtwesten hat die SPD-Fraktion nun einen wichtigen Teilerfolg erzielt. Damit Büchenbach endlich ein Stadtteilzentrum bekommt, das diesen Namen auch verdient, hatte die SPD-Fraktion die Durchführung eines Architektenwettbewerbs gefordert, um ein städtebaulich und architektonisch ansprechendes Konzept zu finden. Gleichzeitig hatten sich die Sozialdemokraten dafür stark gemacht, dass Einzelhandel, Dienstleistung und soziokulturelles Zentrum zusammen geplant werden. Beide Punkte waren im Konzept der Stadt bisher nicht vorgesehen. In der letzten Sitzung des Umwelt-, Verkehrs- und Planungsausschusses (UVPA) und in der Mai-Sitzung des Stadtrates zeigte die Mehrheit jetzt Einsicht und stimmte dem SPD-Antrag zu. „Die Planung des Bürgerzentrums ist endlich gesichert“, freut sich Ursula Lanig, kulturpolitische Sprecherin und designierte OB-Kandidatin der SPD.

Der Radweg des Monats: Weg mit den Schlaglöchern zwischen Dechsendorfer Weiher und Heusteg

Sanierung und Neubau von Radwegen hat sich die SPD-Fraktion (nicht nur) im Umweltjahr 2007 auf ihre Fahnen geschrieben. „Damit mehr bleibt als nur vorübergehende Aktionen und eine Pressedokumentation zum Jahresende“, so Umweltsprecher Florian Janik. Erneut wurde die Fraktion für die RadfahrerInnen tätig. Dieses Mal geht es um die Strecke vom Dechsendorfer Weiher zum Heusteg: Der Radweg, einst unter den „Fittichen“ des ehemaligen SPD-Oberbürgermeisters und Gestalters der Fahrradstadt Erlangen, Dr. Dietmar Hahlweg, auf Kosten der Stadt Erlangen gebaut, aber Eigentum der anliegenden Waldbesitzer, ist aufgrund vernachlässigter Pflege und versäuerter Reparaturen in den letzten Jahren mit Schlaglöchern übersät und bei und nach Regenfällen unpassierbar. Die SPD-Fraktion fordert schnelle Abhilfe durch Verhandlungen der Stadtverwaltung mit den Eigentümern über die Instandsetzung, einen allwettertauglichen Umbau des Radweges und klare Vereinbarungen für die Zukunft zwischen Stadt und Eigentümern über Pflege und Instandhaltung.

Familienfreundliches Erlangen?

Windelsäcke: Leider zu früh gefreut

Viele Eltern hatten sich dafür eingesetzt. Unsere Fraktion hatte dazu einen Antrag gestellt, der zu unserer großen Freude in der April-Sitzung des UVPA behandelt werden sollte. Die Verwaltungsvorlage war positiv, die Finanzierung geklärt.



Eigentlich hätte die Mehrheit nur noch zustimmen müssen. Sozusagen in „letzter Minute“ aber wurde der Punkt kommentarlos abgesetzt. Er soll zu einem späteren Zeitpunkt behandelt werden. Leider hat diese Information die RT-Redaktion nicht mehr rechtzeitig erreicht. Wir haben uns zu früh gefreut. Echt schade. Wir bitten um Entschuldigung. Wir halten Sie auf jeden Fall auf dem Laufenden.

Tank- und Rastanlage Aurach: Stadtplanung bestätigt kritischen SPD-Kurs

Auch nach einer weiteren Runde zum Thema Tank- und Rastanlage Aurach spricht sich die SPD-Fraktion weiter entschieden gegen den geplanten Ausbau aus. Ein Antrag der Sozialdemokraten hatte umfangreiche Mängel des im Februar im UVPa vorgestellten neuen Konzepts der Autobahndirektion Nordbayern aufgelistet. Die Stadtplanung bestätigte jetzt in der Mai-Sitzung die wichtigsten Kritikpunkte: Die Verkleinerung der Anzahl der Stellplätze um 30% bezieht sich nur auf die LKW-, nicht aber auf die PKW-Stellplätze, die Gesamtfläche wird ebenfalls nicht um 30% reduziert. Zudem sind im vorgestellten Konzept noch immer genügend Reserveflächen enthalten, so dass die Anlage später Schritt für Schritt weiter ausgebaut werden könnte. Für die Raststätte selbst liegen immer noch keine konkreten Planungen vor, so dass es auch hier noch böse Überraschungen für die Bürgerinnen und Bürger geben kann. Für die SPD-Fraktion und ihre verkehrspolitische Sprecherin, Felizitas Traub-Eichhorn, ist das Grund genug, sich weiter gegen den Ausbau einzusetzen. Übrigens: Nachdem sich die CSU-Fraktion im Vorfeld mit Anträgen dazu vornehm zurückgehalten hatte, schloss sie sich im Ausschuss der Meinung der SPD an.

Erfolg der SPD für behinderte Schwimmerinnen und Schwimmer:

Mobiler Lifter für das Rötelheimbad - Was lange währt, wird endlich gut!

Nicht abgesetzt, sondern endlich - und sogar einstimmig - beschlossen wurde in der Mai-Sitzung des Sportausschusses die Anschaffung eines flexibel drinnen und draußen im Rötelheimbad einsetzbaren Lifters. Seit Jahren schon haben sich behinderte Schwimmerinnen und Schwimmer, die ohne Hilfe nicht ins Wasser kommen, die Bereitstellung einer solchen Unterstützung gewünscht. Schließlich haben sie ebenso wie Nichtbehinderte ein Recht auf gleichberechtigte Teilhabe am Sportangebot in unserer Stadt. Bereits 2005 hatte die SPD einen entsprechenden Antrag gestellt. Zwischenzeitlich war seitens der Verwaltung vorgeschlagen worden, den im Hallenbad Frankenhof vorhandenen Lifter einfach kurzerhand ins Rötelheimbad umzusetzen. Das Bad werde ja ohnehin geschlossen, so die Begründung. Die SPD-Fraktion setzte damals eine Vertagung durch. Denn: Das Frankenhofbad bleibt bis auf Weiteres erhalten und offen, bis das neue Hallenbad West steht. Da muss auch der Frankenhof-Lifter bleiben, wo er ist. Logisch. Danke an dieser Stelle an das Sportamt und seinen (neuen) Leiter Uli Klement, der nicht nur die Anschaffung des Lifters befürwortete, sondern auch gleich einen Finanzierungsvorschlag dazu lieferte!

Damit es im Grünen gemütlich bleibt:

SPD fordert bessere Infrastruktur für Erlangens Naherholungsflächen

Noch ein Thema im Umweltjahr 2007: Die Situation auf Erlangens Spielwiesen und Grillplätzen. Immer mehr Bürgerinnen und Bürger zieht es bei Sonnenschein und sommerlichen Temperaturen hinaus in die öffentlichen Grünflächen. Dabei ist immer häufiger zu beobachten, dass die Infrastruktur nicht Schritt hält mit der verstärkten Nutzung. Es gibt nicht genug oder gar keine Toiletten (vor allem im Regnitzgrund und an der Schwabach), die Grill- oder Feuerstellen reichen nicht aus, die Müllbehälter sind zu klein oder gar nicht vorhanden, es fehlen Hinweisschilder (auch mehrsprachig) mit Informationen und Verhaltensregeln. Die Folge: Abfall wird nicht aufgeräumt und bleibt auf den Flächen liegen, abgelegene Stellen hinter Büschen, Bäumen und entlang den Gartenzäunen von AnwohnerInnen werden zum „Freiluftklo“. In einem entsprechenden Antrag fordert die SPD-Fraktion nun zügige Verbesserungen. Denn: Sport, Spiel und Erholung im Grünen sind nicht nur gut für die Gesundheit, sie fördern auch das Miteinander der Menschen. Damit es dabei geordnet zugehen kann, ist nach Meinung von Norbert Schulz, Gesundheitssprecher und SPD-Stadtrat aus Alterlangen, eine Verbesserung der Freizeitinfrastruktur dringend nötig. Und Birgit Hartwig, Fraktionssprecherin für Kinder, Jugend, Familie und Freizeit, kritisiert „Die vielen Mängel auf den Freizeitflächen sind vor allem im Umweltjahr nicht gerade ein Aushängeschild für die Stadt.“

Unsere weiteren Anträge:

Sollten Sie Interesse an einzelnen Anträgen haben, schauen Sie ins Internet unter www.spd-fraktion-erlangen.de oder schicken Sie uns eine Mail. Gerne senden wir Ihnen den Antrag per E-Mail zu. spd@erlangen.de

Kontakt:

SPD – Stadtratsfraktion Erlangen
Rathausplatz 1, 91052 Erlangen
Telefon: 09131-862225
Fax: 09131-862181
Mail: spd@erlangen.de
Internet: www.spd-fraktion-erlangen.de

Impressum:

Das SPD-Rathaustelegamm wird erstellt durch die SPD-Stadtratsfraktion Erlangen, Rathausplatz 1, 91052 Erlangen.
Verantwortlich: Gisela Niclas
Redaktionelle Gestaltung: Gary Cunningham